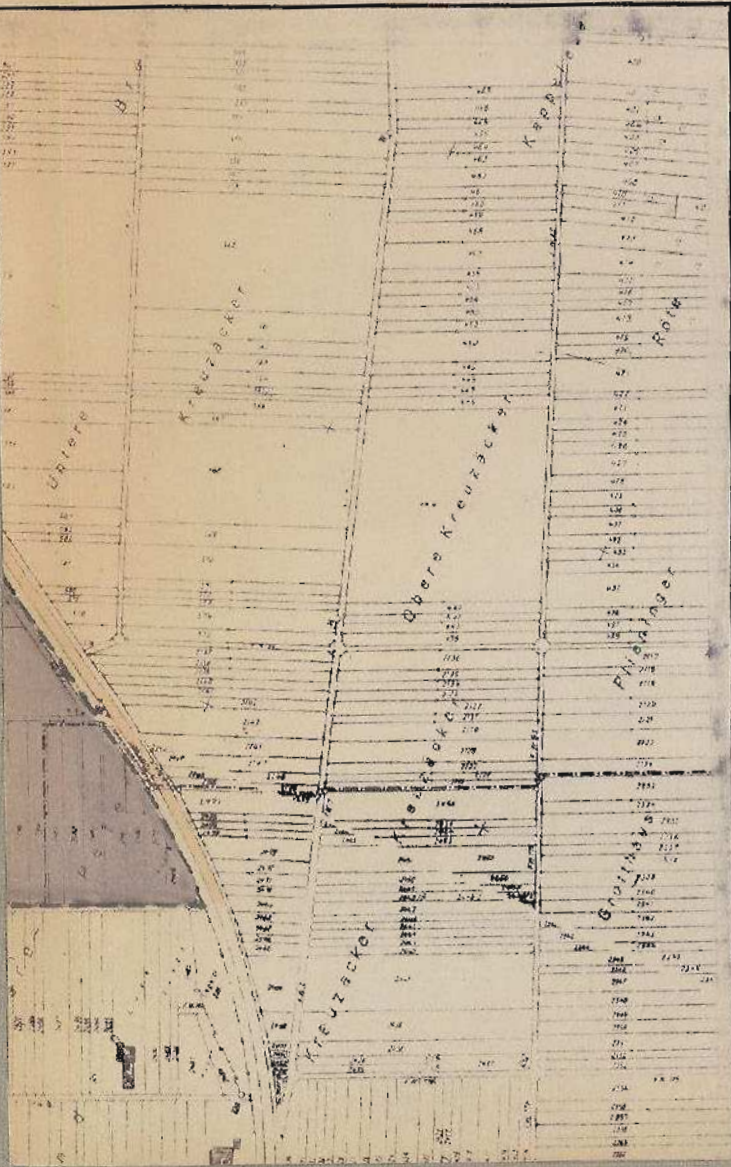
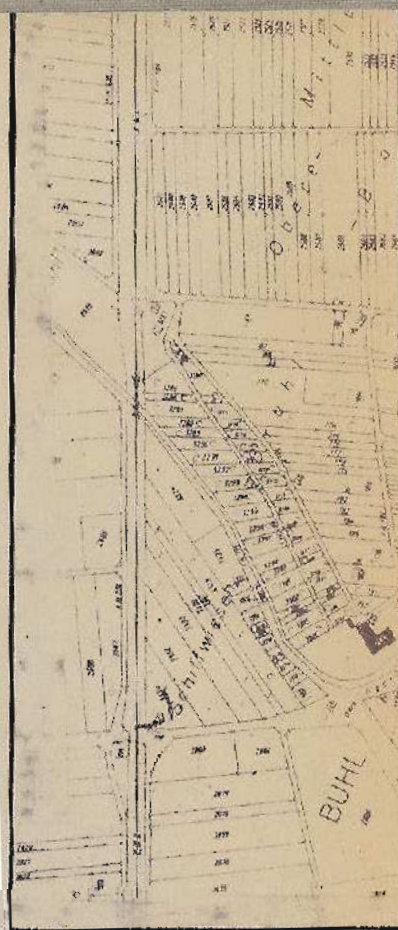


BEEBAUUNGSPLAN „BONLANDEN“ (ÖSTLICHER TEIL)





ÜBERSICHTSPLAN

M. 1:5000



## Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan "Bonlanden" östlicher Teil

### 1. Planungsrechtliche Festsetzungen

(§ 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23.6.1960 und §§ 1 - 23 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) vom 26.11.1968)

#### 1.1 Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1a BBauG und BauNVO)

Das Planungsgebiet wird als Industriegebiet gem. § 9 BauNVO festgesetzt.

Ausnahmen i.S. von § 9 Abs. 3 Ziff. 2 BauNVO sind in Anwendung von § 1 Abs. 4 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und damit nicht zulässig.

#### 1.2 Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1a BBauG i.V. mit § 2 Abs. 4 LBO)

In Anwendung von § 16 Abs. 2 BauNVO ist die Höhe der Gebäude als Höchstgrenze festgelegt.

#### 1.3 Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1b BBauG und § 22 BauNVO)

Als besondere Bauweise wird festgesetzt: offene Bauweise mit Gebäudelängen bis zu 140 m.

#### 1.4 Stellung der baulichen Anlagen

(§ 9 Abs. 1 Ziff. 1b BBauG)

Die im Plan eingetragene Richtung der Hauptgebäudeaußenseiten ist zwingend einzuhalten.

#### 1.5 Nebenanlagen

(§ 14 BauNVO)

Nebenanlagen im Sinne von § 14 Abs. 1 BauNVO - außer Gebäuden i. S. von § 2 Abs. 2 LBO - sind auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Versorgungsanlagen i.S. von § 14 Abs. 2 BauNVO können als Ausnahme auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zugelassen werden.



#### 1.6 Stellplätze und Caragen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 7e BBauG)

Caragen sind auf den nicht überbaubaren Teilen der Baugrundstücke nur zulässig, wenn der Zweck der Freiflächen, insbesondere ihre gärtnerische Gestaltung nicht beeinträchtigt wird. Mehrgeschossige Caragen sind unzulässig. Es wird darauf hingewiesen, daß im Baugenehmigungsverfahren aufgrund von § 69 LBO mehr Stellplätze verlangt werden können, als im Caragenerlaß angegeben.

#### 1.7 Geh- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Ziff. 11 BBauG)

Die im Plan eingetragenen Leitungsrechte dienen der Einlegung von Versorgungsleitungen und Abwasserleitungen und der elektrischen Energieversorgung. Die Inanspruchnahme der Flächen ist durch eine Grunddienstbarkeit zwischen Grundeigentümer und Gemeinde bzw. **EVS Herrenberg** zusätzlich zu regeln.

#### 1.8 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 Abs. 1 Ziff. 15 BBauG)

Zur städtebaulichen Anpassung des Industriegeländes an die benachbarten landwirtschaftlich genutzten Flächen und zum Schutz gegen Immissionen aus dem Industriegebiet (Staub, Lärm) ist am Süd-Ostrand des Planungsgebietes ein Pflanzgebot festgesetzt. Bei dem flächenhaften Pflanzgebot sind dichte Sträucher und hochstämmige Bäume anzupflanzen. Bei dem Pflanzgebot für Einzelbäume ist für mind. jeden dritten Stellplatz 1 Baum vorzusehen.

**Blendschutz**  
und als Bands  
für den öffentl  
Strassenverke

#### Bauordnungsrechtliche Vorschriften

§ 111 Landesbauordnung (LBO) vom 6.4.1964 i.d. Fassung vom 11.4.1972

siehe Planeintrag.

#### 2.1 Wärmeversorgung

(§ III Abs. 2 Ziff. 3 LBO).

Zum Schutz vor Umweltgefahren durch Luftverunreinigungen wird festgelegt, daß im gesamten Plangebiet kein Schweröl, Holz oder Kohle verbrannt werden darf.



VIOLETT GEÄNDERT : TÜBINGEN, DEN 4. DEZ. 1972  
STADTPLANUNGSAMT: GEZ.: FROMM

ROT GEÄNDERT : TÜBINGEN, DEN 26. MÄRZ 1973  
STADTPLANUNGSAMT: GEZ.: FROMM

## VERFAHRENSVERMERKE:

AUFSTELLUNG: DIESER BEBAUUNGSPLAN WURDE GEMÄSS § 2(1) DES BBauG. VOM 23. 6. 1960 VOM GEM.RAT AM 24. 7. 72 ALS ENTWURF AUF - GESTELLT. (FASSUNG VOM 10. 7. 72 ).

ÖFFENTLICHE AUFLAGE: DIESER BEBAUUNGSPLANENTWURF MIT BEGRÜNDUNG HAT GEMÄSS § 2(6) DES BBauG. VOM 9. 8. 72 BIS 22. 9. 72 ÖFFENTLICH AUFGELEGEN. (FASSUNG VOM 10. 7. 72 ).

TÜBINGEN, DEN 22. 9. 1972 BEGLAUBIGT: GEZ. FROMM

SATZUNGSBESCHLUSS: DIESER BEBAUUNGSPLAN IST VOM GEM.RAT AM 26. 3. 73 ALS SATZUNG GEMÄSS § 10 DES BBauG. BESCHLOSSEN WORDEN. (FASSUNG VOM 10. 7. 1972 ).

GENEHMIGUNG: DIESER BEBAUUNGSPLAN IST GEMÄSS § 11 DES BBauG. MIT ERLASS DES REGIERUNGSPRÄSIDIUMS VOM 24. 9. 1973 GENEHMIGT WORDEN. (FASSUNG VOM 10. 7. 1973 ).

INKRAFTTRETEN: DIE ÖFFENTLICHE AUFLAGE DES GENEHMIGTEN BEBAUUNGSPLANES MIT BEGRÜNDUNG IST AM 1. 10. 1973 GEMÄSS § 12 DES BBauG. ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN. MIT DIESER BEKANNTMACHUNG WIRD DER BEBAUUNGSPLAN RECHTS -

VERBINDLICH.



TÜBINGEN, DEN 10. JULI 1972

BÜRGERMEISTERAMT

IN VERTRETUNG

STADTPLANUNGSAMT

GEZ.: I. A. BARTH

GEZ.: JÄGER

BÜRGERMEISTER

STADTMESSUNGSAMT

GEZ.: HENIG

TIEFBAUAMT

GEZ.: HARTMEYER

2515

## **Tübinger Höhen**

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.